

ISI

Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung * Gesellschaftliche Trends * Aktuelle Informationen

Nr. 16
Juli 1996

Eine **ZUMA**
Publikation

Zuwanderer in Deutschland optimistisch

**Untersuchung zu Lebensbedingungen, Integration und
Zufriedenheit bei Migranten**

Die Struktur der Migration nach Deutschland hat sich seit dem Beginn der achtziger Jahre erheblich verändert. Setzte nach dem Anwerbestopp für Gastarbeiter 1973 zunächst die Zuwanderung von Familienangehörigen verstärkt ein, so ist mit der Öffnung der Westgrenzen des ehemaligen Ostblocks die Zahl der Migranten aus Ost- und Südosteuropa stark angestiegen. Daneben war ein erheblicher Zustrom von Zuwanderern aus Herkunftsländern außerhalb Europas zu beobachten. Mit den politischen Veränderungen ist seit Mitte der achtziger Jahre auch die Zahl der deutschstämmigen Aussiedler aus Osteuropa sprunghaft angestiegen. So stellten in den Jahren 1989 und 1990 Aussiedler und Übersiedler aus Ostdeutschland mit 750 000 Personen etwa die Hälfte aller Zuwanderer in die frühere Bundesrepublik. In diesem Beitrag werden Wohnbedingungen und Erwerbstätigkeit sowie das subjektive Wohlbefinden von Zuwanderern, die seit Mitte der achtziger Jahre in die alten Bundesländer gekommen sind, untersucht. Dabei werden die größten Gruppen - Aussiedler, Zuwanderer aus Ostdeutschland und Asylbewerber - getrennt betrachtet. Verwendet wird hierzu die Zuwandererstichprobe des Sozioökonomischen Panels (SÖP). In dieser Studie wurden 1994 und 1995 etwa 1000 Personen, die seit 1984 in die Bundesrepublik zuwanderten, zu verschiedenen Themenbereichen wiederholt befragt. Ergänzend hierzu wird auch die fünfte Welle des Sozioökonomischen Panels in Ostdeutschland und die elfte Welle in Westdeutschland aus dem Befragungsjahr 1994 herangezogen.

Inhalt

Zuwanderer in Deutschland optimistisch	1
Zufriedenheiten und Zukunftserwartungen: Tendenz fallend	5
Trend zum frühzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben bisher ungebrochen	8
Lebensqualität in den 90er Jahren Neue Wohlfahrtskonzepte und Wohlfahrtsmaße	13
Arbeitstagung der Sektion Sozialindikatoren in Mannheim ...	15
Sozialindikatoren im Internet ...	15
28. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie	16

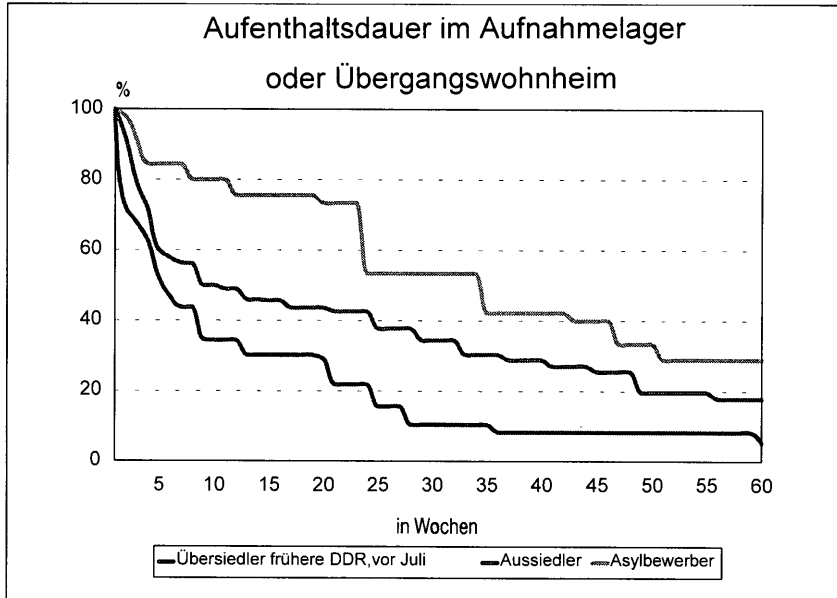
Lange Aufenthaltszeiten von Asylbewerbern in Aufnahmelagern

Bei einem Umzug, vor allem in ein anderes Land, kommt zunächst der Wohnungsverorgung ein ganz besonderer Stellenwert zu. Bei den hohen Zuwanderungszahlen hatten die Kommunen in Westdeutschland zum Teil erhebliche Schwierigkeiten, den benötigten Wohnraum bereitzustellen. Die Fernsehbilder über Notaufnahmelager in Turnhallen und Schulen nach der massenhaften Flucht und Übersiedlung aus der früheren DDR in der zweiten Hälfte des Jahres 1989 haben einen plastischen Eindruck von dieser Problematik vermittelt. Auch reguläre Aufnahmelager bringen meist beengte Wohnverhältnisse mit wenig Raum für Privatleben und einer Isolierung von Ein-

wanderern gegenüber der deutschen Bevölkerung mit sich. Durch die hohe Konzentration von bestimmten Zuwanderergruppen in solchen Lagern sind auch die Möglichkeiten zur Eingliederung vor Ort begrenzt. Eine eigene Wohnung ist von daher eine erste Voraussetzung für akzeptable Lebensbedingungen. Obwohl Aufnahmelager und Übergangwohnheime für die Zuwanderer aus Ostdeutschland nur bis zum Zeitpunkt der deutschen Einheit Bedeutung hatten, findet man hier aufgrund der geringen kulturellen Distanz und der vollständigen sprachlichen Assimilation der Übersiedler eine interessante Vergleichsgruppe für andere Migranten.

Die überwiegende Mehrheit der deutschstämmigen Aussiedler (79%), aber auch mehr als die Hälfte der Asylbewerber

Graphik 1



Datenbasis: Zuwandererstichprobe Sozioökonomisches Panel

(54%) und der Übersiedler aus der früheren DDR (Zuwanderung vor Juli 1990: 55%), hatte ihre erste Aufnahme in Westdeutschland in Lagern und Übergangwohnheimen gefunden, während andere Zuwanderergruppen nicht von derartigen Aufhalten betroffen waren. Der Übergang in reguläre Wohnungen aus dem Aufnahmelager gelang den drei betroffenen Zuwanderergruppen auch mit unterschiedlichem Erfolg. Vergleichsweise schnell verlief der Prozeß des Verlassens des Aufnahmelagers bei den Übersiedlern aus der ehemaligen DDR, von denen bereits die Hälfte nach fünf Wochen das Lager wieder verlassen hatte (vgl. Graphik 1). Nach einem halben Jahr lebten allerdings noch 10% der betroffenen Übersiedler im Aufnahmelager.

Bei den Aussiedlern ist zunächst ein ähnlicher Verlauf festzustellen. Auch bei dieser Migrantengruppe hatte ein erheblicher Teil bereits nach wenigen Wochen Aufenthalt das Aufnahmelager verlassen - etwa 40% nach fünf Wochen. Vor allem der weitere Verlauf ist dann aber erheblich langsamer als bei den Übersiedlern. Nach einem halben Jahr befanden sich immerhin noch 37% und nach einem Jahr noch nahezu 20% der betroffenen Aussiedler in einem Aufnahmelager. Asylbewerber fanden zwar nur seltener in Lagern und Übergangwohnheimen Unterkunft als Aussiedler, aber diejenigen die dort untergebracht wurden, mußten zum

Großteil eine längere Zeit dort verbringen. Nur wenigen gelang es, diese Einrichtungen schnell zu verlassen. So befanden sich nach fünf Wochen noch 84% der betroffenen Asylbewerber in Aufnahmelagern, nach einem halben Jahr waren es noch mehr als die Hälfte und nach einem Jahr noch fast 30%. Ohne Eingliederungsbeihilfen und mit geringen Deutschkenntnissen, fällt es vielen Asylbewerbern schwer, überhaupt eine Woh-

nung zu bekommen. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung glauben auch 20% der Asylbewerber, daß sie häufig wegen ihrer Herkunft bei der Wohnungssuche benachteiligt wurden.

Beengte Wohnverhältnisse vor allem bei Asylbewerbern

Betrachtet man den aktuellen Wohnstatus der Migranten bei der Befragung 1995, so läßt sich feststellen, daß in allen Gruppen die überwiegende Mehrheit als Hauptmieter in einer Wohnung lebt (vgl. Tabelle 1). Davon wiederum lebt unter den Aussiedlern etwa die Hälfte in Sozialwohnungen, bei Asylbewerbern sind es 41% und bei Zuwanderern aus Ostdeutschland 12%. Außer bei Asylbewerbern lebt in den verschiedenen Zuwanderergruppen etwa ein Zehntel in einer eigenen Wohnung oder einem eigenen Haus - die westdeutsche Bevölkerung lebt im Vergleich hierzu etwa zur Hälfte in Wohnungseigentum. Bezüglich der Ausstattung der Wohnungen ist festzustellen, daß bei den verschiedenen Zuwanderergruppen nahezu überall ein Bad, WC, Warmwasser und bei jeweils etwa 90% auch eine Zentralheizung vorhanden ist und diesbezügliche Grundstandards daher überwiegend erreicht werden. Besonders deutliche Unterschiede findet man bei der Wohnungsgröße. Bereits Zuwanderer aus Ostdeutschland verfügen über weniger Wohnfläche pro Person als die westdeutsche Bevölkerung. Bei Aussiedlern sind

Tabelle 1: Wohnbedingungen

	Zuwanderer aus Ostdeutschland	Aussiedler	Asylbewerber	Deutsche Befragte (West)
Anzahl der Räume (Ø)	3,7	3,3	2,7	3,9
Anzahl der Räume pro Person (Ø)	1,3	0,9	0,7	1,7
Wohnfläche insgesamt in m ² (Ø)	91	81	66	98
Wohnfläche pro Person in m ² (Ø)	33	22	19	44
Hauptmieter der Wohnung (%)	82	86	96	47
davon in Sozialwohnung mit Sozialbindung (%)	12	45	41	-
Beurteilung der Wohnungsgröße 'viel bzw. etwas zu klein'	16	40	49	16
Wohnung finden war 'schwerer als erwartet'	24	41	63	-
Benachteiligung bei der Wohnungssuche 'kam häufig vor'	4	7	20	-

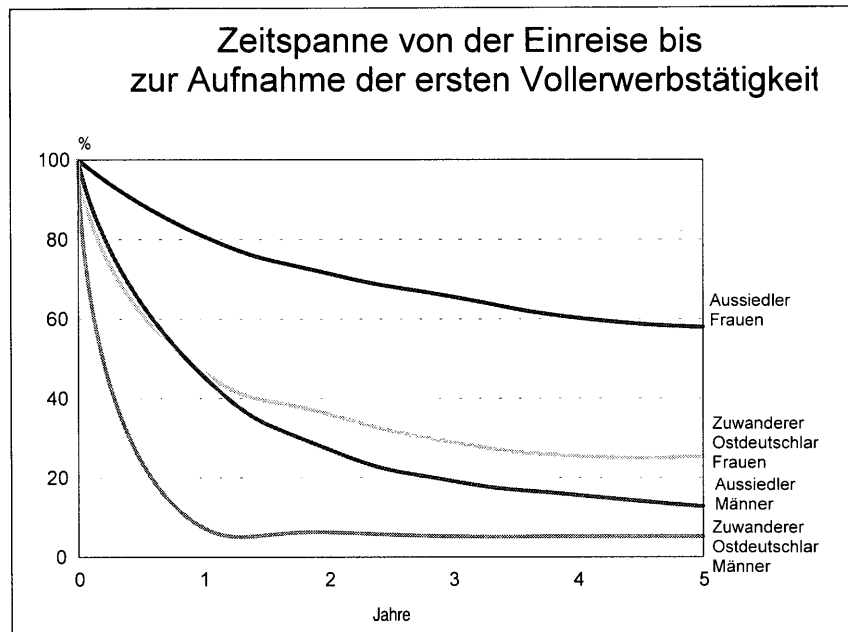
Datenbasis: SOEP-Zuwandererstichprobe Welle 2 (1995), SOEP-Welle 11 West (1994)

die Wohnungen kleiner als bei ostdeutschen Migranten - zusätzlich bedingt durch die größere Personenzahl in den Aussiedlerhaushalten ist die Wohnfläche pro Person um 11m² kleiner. Mit durchschnittlich 19m² pro Person vergügen Asylbewerber über weniger als die Hälfte an Wohnfläche als westdeutsche Befragte. Ein weithin akzeptierter Mindeststandard von einem Raum pro Person wird von Aussiedlern und vor allem auch Asylbewerbern damit nicht erreicht. Von daher ist es auch nicht verwunderlich, daß bei mehr als 20% der Asylbewerber die eigene Wohnung als viel zu klein beurteilt wird. Aussiedler beurteilen ihre Wohnungsgröße zwar etwas besser, aber bei 40% wird sie zumindest als etwas zu klein erachtet. Die Wohnungszufriedenheit ist bei Asylbewerbern mit einem Durchschnitt von 6,3 auf einer Skala von 0 „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“ auch deutlich niedriger als bei anderen Einwanderergruppen, während Aussiedler, trotz ihrer ebenfalls beengten Wohnverhältnisse, kaum unzufriedener sind als Zuwanderer aus Ostdeutschland.

Überwiegend schneller Berufseinstieg nach der Einreise bei ostdeutschen Zuwanderern

Um weniger abhängig von staatlichen Transferleistungen zu werden, aber auch für weitere soziale Kontakte und Integration stellt die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit eine wichtige Komponente der Assimilation dar. Hier spielen die rechtlichen, sprachlichen und beruflichen Voraussetzungen eine entscheidende Rolle für die Zugangschancen zum Arbeitsmarkt. Besonders für Aussiedler gibt es umfangreiche Sprach- Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme zur beruflichen Qualifizierung. Anhand der retrospektiv erfaßten Erwerbsbiographie läßt sich der Eintritt in die erste Erwerbstätigkeit nach der Zuwanderung erfassen. Benutzt wird hierzu ein Kalendarium, in dem für jedes Kalenderjahr im Lebensverlauf eines Befragten erfaßt wird, ob er „voll berufstätig“ war. Aufgrund der niedrigen Fallzahlen bei einer differenzierten Betrachtung von Männern und Frauen werden nur die Ergebnisse der beiden größten Gruppen, Aussiedler und Befragte, die aus Ostdeutschland in die alten Bundesländer kamen, dargestellt (vgl. Graphik 2).

Graphik 2



Alter zwischen 20 und 60 Jahren bei der Einreise
Datenbasis: Zuwandererstudie Sozioökonomisches Panel

Zuwanderern aus Ostdeutschland gelang – wie zu erwarten – der Eintritt in das Erwerbsleben in Westdeutschland erheblich schneller als allen anderen Zuwanderergruppen. Im ersten Jahr nach der Einreise konnten von den Männern, die seit Mitte der achtziger Jahre aus Ostdeutschland zugewandert waren, 93% eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Nur ein Anteil von 5% nahm im weiteren Untersuchungsverlauf überhaupt keine Erwerbstätigkeit auf. Bei Aussiedlern zeigt sich ein etwas anderes Bild. Bei den Männern können zwar 54% im ersten Jahr nach der Einreise eine Beschäftigung aufnehmen, die weitere Arbeitsmarktintegration verläuft dann aber nicht mehr so schnell. Nach einer Aufenthaltsdauer von 5 Jahren konnten bei den Aussiedlern 84% der Männer erstmals erwerbstätig werden. Das bedeutet allerdings auch, daß ein nicht unerheblicher Teil unter den männlichen Aussiedlern überhaupt keine Erwerbstätigkeit aufnehmen konnte.

Entsprechend der hohen Erwerbsbeteiligung in der früheren DDR, zeigt sich bei den Frauen, die aus Ostdeutschland zugewandert sind, auch die Tendenz, überwiegend schnell in eine Erwerbstätigkeit einzutreten. In dieser Gruppe hat im ersten Jahr nach der Zuwanderung die Hälfte

eine Erwerbstätigkeit aufgenommen, nach weiteren drei Jahren insgesamt 66%. Das entspricht weitgehend dem Verlauf von männlichen Aussiedlern. Aussiedlerfrauen werden dagegen seltener erwerbstätig. 18% hatten im ersten Jahr nach der Einreise eine Erwerbstätigkeit aufgenommen, nach fünf Jahren waren es 35%.

Die besonders schwierige Lage von Asylbewerbern auf dem Arbeitsmarkt wird auch am geringen Anteil von Erwerbstätigen an der gesamten Zuwanderergruppe deutlich (vgl. Tabelle 2). Neben den rechtlichen Zugangsbarrieren zu Beginn des Aufenthaltes in Deutschland muß bei der meist schlechten beruflichen Qualifikation und der eher geringen sprachlichen Integration von Asylbewerbern auch eher eine Tätigkeit in Arbeitsmarktsegmenten mit geringer Arbeitsplatzsicherheit und Entlohnung angenommen werden. Das findet seinen Niederschlag in einer weitgehenden Abhängigkeit von Sozialhilfe. So hatten 1995 fast zwei Drittel der Asylbewerber im Jahr vor der Befragung Sozialhilfe erhalten. Auch in der großen und eher kinderreichen Migrantengruppe der deutschstämmigen Aussiedler ist die Betroffenheit von Sozialhilfeleistungen (17%) erheblich größer als bei Zuwanderern aus Ostdeutschland (4%) oder bei

Tabelle 2: Erwerbstätigkeit und Einkommen

	Zuwanderer aus Ostdeutschland	Aussiedler	Asylbewerber	Deutsche Befragte (West)
Anteil Erwerbstätige ¹ (%)	69	51	(30)	50
Letztes monatliches Arbeitsbruttoeinkommen (Ø)	3482	2968	(2263)	4003
Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen (Ø)	1918	1406	1002	2103
Benachteiligung bei der Arbeitssuche 'kam häufig vor' (%)	10	8	15	-
Zufriedenheit mit Arbeit (Ø)	6,9	7,2	(6,0)	7,0

() N < 30.

¹voll und teilzeit erwerbstätig

Datenbasis: SOEP-Zuwandererstichprobe Welle 2 (1995),
SOEP-Welle 11 West (1994)

den deutschen Befragten in den alten Bundesländern (3%).

Hohe Lebenszufriedenheit bei Aussiedlern trotz unterdurchschnittlichem Lebensstandard

Zieht man die objektiven Lebensbedingungen der verschiedenen Zuwanderergruppen in Betracht, so verwundert es kaum, daß Asylbewerber mit einem Durchschnitt von 6,1 auf der Skala von 0 bis 10 die niedrigste Lebenszufriedenheit äußern (vgl. Tabelle 3). Allerdings zeigt gerade diese Migrantengruppe auch einen erheblichen Zukunftsoptimismus: die erwartete Lebenszufriedenheit in fünf Jah-

ren wird mit durchschnittlich 7,4 deutlich höher eingeschätzt. Entsprechend ihrer ökonomischen Situation, sind sie besonders unzufrieden mit dem Haushaltseinkommen und dem Lebensstandard. Aussiedler sind trotz ihrer schlechteren finanziellen Situation nicht unzufriedener mit dem Haushaltseinkommen oder auch dem Lebensstandard als Zuwanderer aus Ostdeutschland, und sie äußern sogar eine höhere Lebenszufriedenheit (7,3) als die westdeutschen Befragten (7,1). Diese Bewertung geht zudem einher mit einem ausgeprägten Zukunftsoptimismus: In fünf Jahren wird von Aussiedlern im Durchschnitt eine Lebenszufriedenheit von 7,6 erwartet. Zuwanderer aus Ost-

deutschland (6,8) geben im Vergleich zu westdeutschen Befragten niedrigere Bewertungen für die Lebenszufriedenheit ab. Dabei muß man allerdings berücksichtigen, daß die Bewohner aus der Herkunftsregion (neue Bundesländer) eine noch niedrigere Lebenszufriedenheit äußern (6,2). Eine Erklärung für die Zufriedenheitsunterschiede wird nicht nur in den objektiven Lebensbedingungen, sondern auch in den unterschiedlichen Anspruchsniveaus gesehen. Demnach entspricht der erreichte Lebensstandard bei Aussiedlern eher den Erwartungen als bei Asylbewerbern und auch den Zuwanderern aus Ostdeutschland. Auffallend ist allerdings der Zukunftsoptimismus bei allen Zuwanderergruppen. Während die westdeutsche Wohnbevölkerung insgesamt in fünf Jahren sogar eine sinkende Lebenszufriedenheit erwartet, glauben alle Zuwanderergruppen an eine Verbesserung.

*Stefan Weick, ZUMA
(Tel. 0621/1246-245)*

Tabelle 3: Lebenszufriedenheit und Zufriedenheiten in verschiedenen Lebensbereichen

	Zuwanderer aus Ostdeutschland	Aussiedler	Asylbewerber	Deutsche Befragte (West)
	Ø			
Allgemeine Lebenszufriedenheit	6,8	7,3	6,1	7,1
Erwartete Lebenszufriedenheit in fünf Jahren	7,2	7,6	7,4	6,9
Zufriedenheit mit				
Lebensstandard	6,9	7,0	5,5	-
Haushaltseinkommen	5,9	5,9	4,6	6,4
Gesundheit	7,2	7,2	7,0	6,4
Freizeitumfang	6,1	7,2	6,7	6,9

Datenbasis: SOEP-Zuwandererstichprobe Welle 2 (1995),
SOEP-Welle 11 West (1994)

Zufriedenheiten und Zukunftserwartungen: Tendenz fallend

Vom Wohlstandsklima der 80er Jahre zum Problemklima der 90er Jahre

Das öffentliche Klima in der Bundesrepublik wird zunehmend von Themen bestimmt, die die Zukunft des wohlfahrtsstaatlichen Modells berühren. Um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu erhalten und den finanzpolitischen Sparzwängen der öffentlichen Haushalte gerecht zu werden, scheint ein Umbau des Sozialstaates verbunden mit vielfältigen Leistungskürzungen unumgänglich zu sein. Es stellt sich die Frage, ob die sozialen und ökonomischen Voraussetzungen, auf denen unser System der sozialen Sicherung beruht, noch gegeben sind. Die öffentlichen Krisenrhetoriken tragen dazu bei, daß der Wohlfahrtsstaat immer weniger als Problemlöser, dafür aber immer mehr als das eigentliche Problem erscheint. Die Zeiten, in denen Zuwächse zu verteilen waren, sind offensichtlich vorüber. In vielen Bereichen geht es nur darum, Einsparungen abzuwehren. Die Bevölkerung reagiert sensibel auf das rauhere soziale Klima. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen werden im folgenden aktuelle Trends präsentiert, die die Abnahme der Lebenszufriedenheit, die veränderte Bewertung des politischen und ökonomischen Systems der Bundesrepublik sowie die sich verschlechternden Zukunftserwartungen der Bevölkerung dokumentieren. Die empirischen Untersuchungen basieren auf den Daten von fünf repräsentativen Stichprobenerhebungen: den Wohlfahrtssurveys von 1988, 1990 und 1993, dem Sozialwissenschaften Bus vom Oktober 1994 und einer Bus-Einschaltung des WZB vom Dezember 1995.

Genereller Trend bis 1993: Verbesserungen im Osten - Stabilität im Westen

Der soziale Umbruch in Ostdeutschland brachte neben allen Belastungen und Problemen auch die Verbesserung der objektiven Lebensbedingungen der dort lebenden Bevölkerung mit sich. Viele Indikatoren wie die Einkommensentwicklung und die Haushaltsausstattung zeigen deutliche Verbesserungen an. Im Jahr 1993 war jeder zweite ostdeutsche Befragte (48 Prozent) der Meinung, daß sich seine persönlichen Lebensbedingungen seit 1990 verbessert haben (Tabelle 1). Der Anteil der Personen, die ihre Lebensbedingungen für verschlechtert hielten, lag dagegen bei nur 23 Prozent. Trotz der bekannten Probleme von wirtschaftlicher Umstrukturierung und Arbeitslosigkeit ist auch eine Verbesserung des subjektiven Wohlbefindens in Ostdeutschland zu konstatieren. Der Mittelwert der allgemeinen Lebenszufriedenheit, gemessen auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden), stieg von 6,6 (1990) auf 6,9 (1993).

In Westdeutschland konnte in den ersten Jahren nach der Vereinigung eine hohe Stabilität sowohl in Hinblick auf die objektiven Lebensbedingungen als auch hinsichtlich des subjektiven Wohlbefin-

dens festgestellt werden. Im Jahr 1993 lag der Mittelwert der allgemeinen Lebenszufriedenheit bei 7,9, also exakt auf dem Niveau, das auch in den Untersuchungen Ende der 80er Jahre gemessen wurde. Mehr als die Hälfte der westdeutschen Befragten gab an, daß sich ihre persönlichen Lebensbedingungen in diesem Zeitraum kaum verändert haben. Allerdings berichtete ein Drittel der Westdeutschen von einer Verschlechterung der Lebens-

bedingungen (vgl. ISI Nr. 11, 1994). Mit Blick auf das Ausgangsniveau und die Gewohnheit stetiger Wohlstandssteigerungen konnte von einer leichten Verstimmung gesprochen werden. Diese Beobachtungen entsprachen dem generellen Trend „Verbesserung im Osten - Stabilität im Westen“.

Deutlicher Rückgang der Lebenszufriedenheit in Ost und West

Die Ergebnisse unserer neueren Erhebungen zum subjektiven Wohlbefinden (Sowi-Bus im Oktober 1994, Bus-Einschaltung im Dezember 1995) deuten auf eine Entwicklung hin, die dem beschriebenen Muster Ost-Angleichung an den stabilen West-Standard entgegenläuft. Die Mittelwerte der allgemeinen Lebenszufriedenheit sind deutlich zurückgegangen (Tabelle 2). Im Westen verringerte sich die Lebenszufriedenheit innerhalb von nur zwei Jahren von 7,9 (1993) auf 7,0 (1995). In Ostdeutschland belegen die aktuellsten Daten ein nahezu gleiches Ausmaß der Verschlechterung. Die allgemeine Lebenszufriedenheit sank von 6,9 (1993) auf 6,2 (1995), also sogar unter den Wert von 1990 (6,6). In Westdeutschland haben vor allem die obersten Zufriedenheitspositionen abgenommen, während sich im Osten die Verschlechterung insbesondere durch eine Zunahme der untersten Zufriedenheitsränge ergab. Der Rückgang ist jedoch nicht auf einige Alters-, Bildungs- oder Berufsgruppen beschränkt, sondern betrifft nahezu alle soziale Gruppen. Die Interpretation dieser Resultate wird noch schwieriger, wenn man neben dem

Tabelle 1: Bewertung der Lebensbedingungen seit 1990

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1993	1994	1995	1993	1994	1995
in Prozent						
Die Lebensbedingungen seit 1990 haben sich insgesamt						
eher verbessert	10	17	21	48	59	61
kein großer Unterschied	59	64	48	29	24	23
eher verschlechtert	31	19	30	23	17	17
Die wirtschaftliche Situation des Haushaltes hat sich						
seit 1990 verbessert	-	23	19	-	58	59
etwa gleich geblieben	-	59	51	-	26	25
verschlechtert	-	18	30	-	16	16

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993; SowiBus 1994; Buseinschaltung 1995

Tabelle 2: Allgemeine Lebenszufriedenheit

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1988	1993	1994	1995	1990	1993	1994	1995
	Mittelwerte ¹							
Insgesamt	7,9	7,9	7,4	7,0	6,6	6,9	6,9	6,2
Geschlecht								
Männer	7,9	7,9	7,5	7,0	6,6	6,9	7,0	6,4
Frauen	8,0	7,9	7,4	7,0	6,4	6,9	6,9	6,0
Alter								
18-34 Jahre	7,9	8,0	7,3	7,1	6,7	7,1	7,0	6,0
35-64 Jahre	8,0	7,9	7,4	6,9	6,3	6,8	6,8	6,2
65 Jahre und älter	7,8	7,8	7,5	6,9	6,6	6,8	7,2	6,6
Bildung								
ohne Abschluß/ Hauptschule	7,9	7,8	7,3	6,8	6,4	6,5	6,8	6,0
Mittlere Reife	8,0	8,1	7,5	7,2	6,7	7,0	6,9	6,5
Abitur	7,9	8,0	7,4	7,4	6,6	7,3	7,5	6,4
Erwerbsstatus								
Erwerbstätige	8,0	8,0	7,6	7,1	6,6	7,2	7,1	6,4
Nichterwerbstätige	7,8	7,8	7,4	6,9	6,3	6,6	6,9	6,0

¹ Mittelwerte auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden)

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988; Wohlfahrtssurvey 1990-Ost; Wohlfahrtssurvey 1993; SowiBus 1994; Buseinschaltung 1995

Rückgang des subjektiven Wohlbefindens auch die wahrgenommene Entwicklung der objektiven Lebensbedingungen betrachtet. Hier zeigt sich, daß auch im Jahr 1995 eine deutliche Mehrheit der Ostdeutschen (61 Prozent) Verbesserungen wahrnimmt. Für Westdeutschland sind die Ergebnisse denen der 1993er Erhebung ganz ähnlich. Fast 50 Prozent der westdeutschen Befragten berichten von stabilen Lebensbedingungen, 30 Prozent von Verschlechterungen und 20 Prozent von einer Verbesserung. Die Bewertung der wirtschaftlichen Situation des Haushaltes bestätigt dieses Bild (Tabelle 1). Die Lebenszufriedenheit unterliegt Bewertungsmodi, die sich aus dem Zusammenspiel von persönlichen Lebensbedingungen, Anspruchs- und Vergleichsniveaus und Wirklichkeitsinterpretationen ergeben. Da auf der Ebene der objektiven Lebensbedingungen keine fundamentalen Verschlechterungen stattgefunden haben, liegt die These nahe, daß sich die Aufmerksamkeit für substantielle Problemstellungen erhöht hat. Die Resultate deuten auf ein sich ausbreitendes Problemklima in Ost- und Westdeutschland hin. Die Parallelität der Zufriedenheitsrückgänge in Ost- und Westdeutschland

läßt auf einen einheitlichen Problemhorizont schließen, der die spezifischen Umstellungsbelastungen in Ostdeutschland überlagert.

Unzufriedenheit mit öffentlichen Bereichen

Die Veränderungen der Zufriedenheiten mit der politischen Partizipation, der sozialen Sicherung sowie der öffentlichen

Sicherheit (Tabelle 3) stützen die These einer sich aus öffentlichen Themenkonjunkturen speisenden wachsenden Verunsicherung der bundesdeutschen Bevölkerung, die auf das subjektive Wohlbefinden durchschlägt. Das wohlfahrtsstaatliche System der Bundesrepublik ist heute Anfechtungen ausgesetzt, die unter dem Stichwort „Krise des Sozialstaates“ verhandelt werden. Diese Entwicklung ist von Finanzierungsgespässen der öffentlichen Haushalte begleitet, wodurch die Belastungsgrenzen der sozialen Sicherungssysteme stärker in den Vordergrund treten. Die nicht unumstrittene Mitfinanzierung einigungsbedingter Kosten durch das System der sozialen Sicherung ist dabei nur ein Teilaspekt eines größeren Zusammenhangs. Heute sind viele sozialstaatliche Arrangements zum virulenten Konfliktthema geworden. Umbau- und Anpassungsnotwendigkeiten werden angemahnt. Werden die Sparpläne der Bundesregierung Wirklichkeit, dann stehen vielfältige Einschnitte in das soziale Netz bevor, die bereits heute von der Bevölkerung kritisch beurteilt werden. Vor diesem Hintergrund zeigt sich ein Rückgang der Zufriedenheit mit dem System der sozialen Sicherung von 6,6 (1993) auf 5,5 (1995) in Westdeutschland und von 5,2 (1993) auf 4,5 (1995) in Ostdeutschland. Damit werden die Bewertungen der Vorjahre deutlich unterschritten. In Westdeutschland ist von 1988 bis 1995 ein erheblicher Rückgang um 1,5 Skaleneinheiten zu verzeichnen. Ähnlich reagibel zeigt sich auch die Einschätzung der politischen Partizipationsmöglichkeiten. Die Zufriedenheit mit diesem öffentlichen Bereich war von 1990 auf 1993 drastisch abgesunken. Hier scheidet

Tabelle 3: Zufriedenheit mit politischer Partizipation, sozialer Sicherung und öffentlicher Sicherheit

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1988	1993	1994	1995	1990	1993	1994	1995
	Mittelwerte ¹							
Zufriedenheit mit								
Politischer Partizipation	6,0	5,2	5,8	5,4	5,7	4,5	5,4	4,9
Sozialer Sicherung	7,0	6,6	6,1	5,5	4,9	5,2	5,1	4,5
Öffentlicher Sicherheit	5,8	5,0	5,2	4,8	3,4	3,6	3,3	3,0

¹ Mittelwerte auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden)

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988; Wohlfahrtssurvey 1990-Ost; Wohlfahrtssurvey 1993; SowiBus 1994; Buseinschaltung 1995

nen insbesondere in Ostdeutschland Desillusionierungen in bezug auf die Gestaltungsmöglichkeiten des Vereinigungsprozesses eingetreten zu sein. Für das Jahr 1994 können wir dagegen eine leichte Verbesserung der Zufriedenheiten mit den Möglichkeiten politischer Partizipation feststellen, wobei die Ursache in den erhöhten Beteiligungsmöglichkeiten im Wahljahr gelegen haben könnte. Im Jahr 1995 fallen diese Zufriedenheitsangaben wiederum auf ein niedriges Niveau, erreichen aber nicht mehr den Tiefpunkt von 1993. In dem dritten Lebensbereich, der öffentlichen Sicherheit, sind die ermittelten Niveaus extrem gering, wobei der ostdeutsche Wert von 3,0 noch deutlich unter dem westdeutschen Wert von 4,8 liegt. Mit diesen niedrigen Werten weist der Bereich öffentliche Sicherheit das größte Potential an Unzufriedenheit auf.

Zukunftserwartungen gedämpft

Eine weitere Bestätigung für das Wirken von Negativprojektionen ist zu erfahren, wenn man die Zukunftserwartungen der Bevölkerung in den Blick nimmt. Diese sind ein seismographischer Indikator für Befürchtungen und Ängste. Von 1994 bis 1995 können wir einen signifikanten

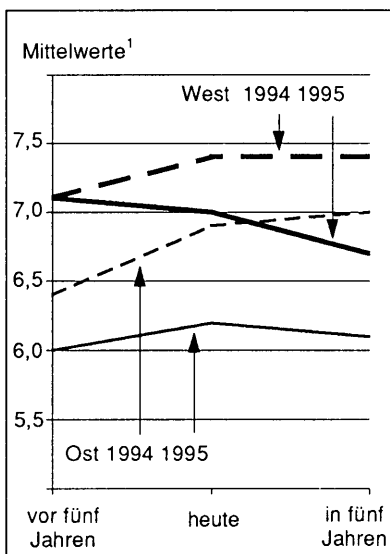
Rückgang sowohl der gegenwärtigen als auch der zukünftig erwarteten Lebenszufriedenheit feststellen (Graphik 1). Dabei sind die Zukunftserwartungen noch stärker eingebrochen als die Gegenwartseinschätzungen. 1994 ging die westdeutsche Bevölkerung noch davon aus, daß das subjektive Wohlbefinden auf hohem Niveau stabil bleiben wird. Im Vergleich bleiben 1995 die Vergangenheitsbewertungen zwar stabil, aber die gegenwärtige Lebenszufriedenheit sinkt um 0,4 Skalenpunkte und die in einer 5-Jahres-Frist erwartete Lebenszufriedenheit sogar um 0,7 Skalenpunkte ab. In Ostdeutschland sind diese Verschiebungen nach unten noch deutlicher ausgefallen. Für das Jahr 2000 rechnet die ostdeutsche Bevölkerung nur noch mit einer Lebenszufriedenheit von 6,1 und die Westdeutschen mit einem durchschnittlichen Wert von 6,7. Für die Zukunft werden demzufolge weitere Verschlechterungen des subjektiven Wohlbefindens befürchtet. Die Erwartungen an die Entwicklung des politischen und des wirtschaftlichen Systems waren 1994 noch durchweg positiv (Graphik 2 und 3). Im darauffolgenden Jahr hat es, wie unsere Daten belegen, einen gesamtdeutschen Wahrnehmungswandel gegeben, der im wesentlichen pessimisti-

schere Zukunftserwartungen beinhaltet. Mit Ausnahme der ostdeutschen Bewertung des politischen Systems geht die Bevölkerung von keinen mittelfristigen Verbesserungen mehr aus.

Klima einer vermuteten Wohlstandgefährdung

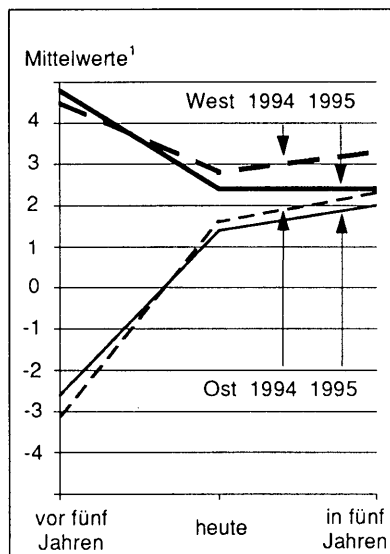
Die beschriebenen Trends im subjektiven Wohlbefinden liegen quer zur Ost-West-Kluft. Sie unterscheiden sich von direkten Vereinigungsfolgen und signalisieren möglicherweise mehr als ein temporäres Stimmungstief. Es ist bekannt, daß der Zusammenhang zwischen ökonomischen Wechselfällen und der Lebenszufriedenheit eher schwach ist. Daß im vorliegenden Fall eine so drastische Verringerung der Lebenszufriedenheit eingetreten ist, läßt daher auf tieferliegende Ursachen schließen. Die unsicheren und rückläufigen Zukunftseinschätzungen zeigen, daß die herausgehobene und langfristig stabile Wohlfahrtsposition der Bundesrepublik nicht mehr als selbstverständlich angenommen wird. Das Modell Bundesrepublik hat in der Wahrnehmung der Bürger seine Robustheit verloren. Diese Situation schafft Verunsicherungen und Besitzstandsängste, weil die schleichen-

Graphik 1: Allgemeine Lebenszufriedenheit



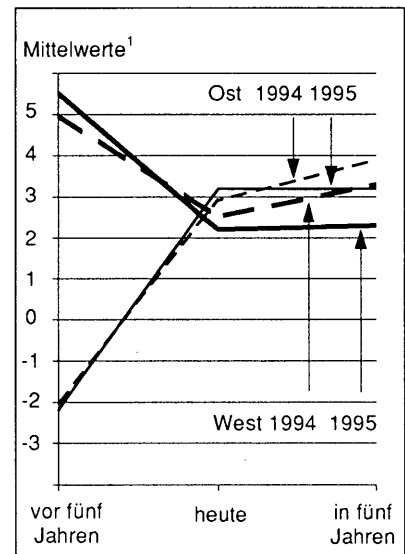
1 Mittelwerte auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden)
Datenbasis: SowiBus 1994; Bus-Einschaltung 1995.

Graphik 2: Bewertung des politischen Systems



1 Mittelwerte auf einer Skala von -10 bis +10
Datenbasis: SowiBus 1994; Bus-Einschaltung 1995.

Graphik 3: Bewertung des wirtschaftlichen Systems



1 Mittelwerte auf einer Skala von -10 bis +10
Datenbasis: SowiBus 1994; Bus-Einschaltung 1995.

de Erosion von wohlfahrtsstaatlichen Ertragsleistungen befürchtet wird. Gleichzeitig gibt es einen Verlust von Vertrauen und glaubwürdigen Handlungsalternativen, die Problemlösungen bereitstellen könnten. Es entsteht ein Klima einer vermuteten Wohlstandsgefährdung, das

einen realen Problemdruck zur Ursache hat und von öffentlichen Krisenszenarien begleitet ist.

*Thomas Bulmahn/Steffen Mau
Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung (WZB)
Tel.: 030/25491389*

Trend zum frühzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben bisher ungebrochen

Der Übergang in den Ruhestand im Zeitverlauf und internationalen Vergleich

Standortdebatten und Diskussionen über die Aufrechterhaltung des Wohlfahrtsstaates gibt es derzeit nicht nur in Deutschland. Neben der zunehmenden Alterung der Gesellschaft ist es vor allem das Defizit an Arbeitsplätzen, das die Systeme der Sozialen Sicherung belastet. Die stetige Verlängerung der Ruhestandsphase bei einer gleichzeitigen Verkürzung der Erwerbsphase durch einen im Durchschnitt späteren Eintritt in das Arbeitsleben und dessen frühere Beendigung haben in erheblichem Maße zu den wachsenden Finanzierungsproblemen der Rentenversicherung beigetragen. Eine zunehmende Beitragsbelastung der Erwerbstätigen, aber damit zugleich auch steigende Lohnnebenkosten sind die Folgen. Im Rahmen ihres "Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung" hat die Bundesregierung kürzlich Maßnahmen - wie z.B. die Anhebung der Altersgrenzen für langjährig Versicherte - beschlossen, die hier Abhilfe schaffen sollen. Ob derartige Maßnahmen geeignet sind, den Trend zur früheren Beendigung des Erwerbslebens zu stoppen oder lediglich eine Umschichtung der Finanzlasten zwischen den Sozialversicherungssystemen bewirken werden, wird kontrovers beurteilt. Vor dem Hintergrund dieser Problemlagen untersucht der vorliegende Beitrag, wie sich der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand in den vergangenen zwei Jahrzehnten in Deutschland entwickelt hat und wie sich die Situation in anderen Ländern im Vergleich dazu darstellt.

Die in der Bundesrepublik seit Beginn der siebziger Jahre zu beobachtende langfristige Entwicklung ist als zunehmende „Entberuflichung des Alters“ charakterisiert worden. Gemeint ist damit vor allem die relative wie auch absolute Ausdehnung des Ruhestands als einer von Erwerbsarbeit weitgehend befreiten dritten Phase des Lebenslaufs. Neben der gestiegenen Lebenserwartung hat zu dieser Entwicklung insbesondere eine - in ihrem Ausmaß durchaus als dramatisch zu bezeichnende - sukzessive Vorverlagerung des Übergangs von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand beigetragen.

Für eine detailliertere Betrachtung dieses Geschehens und seiner Determinanten empfiehlt es sich, in dem Prozeß des Übergangs in den Ruhestand analytisch zwei Teilprozesse zu unterscheiden: den Austritt aus der Erwerbstätigkeit auf der

einen und den Eintritt in die Rente auf der anderen Seite. Dabei kann man vermuten, daß der Prozeß des Austritts aus der Erwerbstätigkeit stärker vom Zustand und den Entwicklungen des Arbeitsmarktes geprägt wird, während der Prozeß des Eintritts in die Rente in erster Linie über die institutionellen Voraussetzungen der Rentenversicherung und die von dort ausgehenden Verhaltensanreize gesteuert wird. Inwieweit von den „push“-Kräften des Arbeitsmarktes oder den „pull“-Kräften mehr oder weniger attraktiver Rentenversicherungskonditionen eine größere Wirkung ausgeht, ist eine Frage, die auch in der wissenschaftlichen Debatte kontrovers beurteilt wird.

Die nachfolgenden empirischen Betrachtungen beschränken sich auf die alten Bundesländer. Die Gründe dafür liegen einerseits darin, daß es hier vor allem

darum geht, Entwicklungstrends zu beobachten und internationale Vergleiche anzustellen, aber entsprechende Daten für die neuen Bundesländer zumeist nicht zur Verfügung stehen, zum anderen aber auch darin, daß der Prozeß des Übergangs in den Ruhestand in den neuen Bundesländern gegenwärtig durch die Ausnahmesituation des Transformationsprozesses in besonderer Weise geprägt wenn nicht sogar deformiert wird und deshalb nicht ohne weiteres in den hier beabsichtigten Vergleich einbezogen werden kann.

Erwerbsbeteiligung der 60-64-jährigen Männer auf unter 30 % gesunken

Wendet man sich zunächst der Frage nach dem Austritt aus der Erwerbstätigkeit zu, so läßt sich der diesbezügliche Wandel, der hier stattgefunden hat, an der Erwerbsbeteiligung der Altersgruppe der 55-64-Jährigen bereits eindrucksvoll ablesen (Graphik 1). Gemessen an der Erwerbsquote ist die Erwerbsbeteiligung bei den Männern dieser Altersgruppe in dem Zeitraum von 1972 bis 1993 um nicht weniger als 25 Prozentpunkte gesunken. Waren 1972 noch drei von vier Männern im Alter von 55 bis 64 Jahren erwerbstätig oder arbeitssuchend, traf dies 1993 nur noch für jeden zweiten zu. In der Gruppe der 60 bis 64-Jährigen Männer ist die Erwerbsquote zwischen 1972 und 1993 sogar von 69 Prozent auf nur noch 29 Prozent gesunken.

Ganz anders als bei den Männern ist die Erwerbsquote der 55-64-jährigen Frauen zwischen 1972 und 1993 unter einigen Schwankungen in etwa konstant geblieben (Graphik 1). Allerdings überlagern sich dabei in den hier verwendeten Querschnittsdaten zwei gegenläufige Prozesse: Einem tendenziell zum Teil ebenfalls früheren Austritt aus dem Erwerbsleben steht eine generelle Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen gegenüber. So wird bereits bei einer separaten Betrachtung der beiden Altersgruppen der 55-59-Jährigen und der 60-64-Jährigen deutlich, daß die Erwerbsquote in der jüngeren Altersgruppe von 36 auf 41 Prozent gestiegen ist, während bei den 60-64-Jährigen ein Rückgang der Quote von 18 auf nur noch 9 Prozent zu beobachten ist.

Man muß jedoch davon ausgehen, daß der Rückgang der Erwerbsbeteiligung, wie er sich auf der Basis einer Betrachtung von Erwerbsquoten darstellt, die tatsächliche

Entwicklung sogar noch unterschätzt, da Erwerbsquoten im Zähler neben den Erwerbstätigen auch die Arbeitslosen enthalten. Da jedoch die Chancen für die Arbeitslosen in dieser Altersgruppe, wieder eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, gering sind, ist der Eintritt in die Arbeitslosigkeit hier zumeist mit einer endgültigen Beendigung des Erwerbslebens gleichzusetzen. Bezieht man daher nur die Erwerbstätigen in die Betrachtung ein, so lag die Erwerbsbeteiligung 1993 in der Gruppe der 55-64-Jährigen Männer nur noch bei 45 und bei den Frauen bei 22 Prozent.

Der Verlauf der Zeitreihe läßt darauf schließen, daß der Rückgang der Erwerbsbeteiligung in der Altersgruppe der 55-64-Jährigen in mehreren Stufen erfolgt ist. Bei einem anhaltenden kontinuierlichen Trend ist insbesondere in der ersten Hälfte der siebziger Jahre sowie am An-

fang der achtziger und neunziger Jahre jeweils ein stärkerer Rückgang festzustellen. Die Wirkungen, die dabei von den Problemen auf dem Arbeitsmarkt auf der einen und den Regelungen und Veränderungen des Rentenrechts auf der anderen Seite ausgegangen sind, lassen sich allerdings nur schwer trennen. Dies gilt umso mehr, als die Veränderungen des Rentenrechts häufig gerade darauf abzielen, vom Arbeitsmarkt induzierte Probleme, z.B. durch eine Verringerung des Arbeitsangebots der älteren zugunsten der jüngeren Bevölkerung, aufzufangen bzw. in ihren Konsequenzen zu mildern.

Vorzeitiger Renteneintritt wird zur Regel

Aus der Betrachtung der Erwerbsbeteiligung läßt sich unter anderem deshalb nur ein unvollständiges Bild des Übergangs in den Ruhestand gewinnen, weil der Aus-

tritt aus der Erwerbstätigkeit nicht in jedem Falle mit dem gleichzeitigen Eintritt in den Rentnerstatus verbunden ist. Eine Betrachtung des Rentenzugangs stellt daher eine wichtige Ergänzung der Untersuchung des Übergangsgeschehens dar. Von zentraler Bedeutung ist dabei zunächst die Frage, wie der Eintritt in die Rente institutionell geregelt ist. Derzeit sieht die deutsche Rentengesetzgebung prinzipiell die folgenden Rentenarten bzw. Wege in die Rente vor:

- Normales Altersruhegeld, das nach dem Erreichen des Regelalters von 65 Jahren und einer Mindestversicherungszeit von 60 Monaten bezogen werden kann.
- Hinausgeschobenes Altersruhegeld im Alter von über 65 Jahren.
- Flexibles Altersruhegeld, das ab dem 63. Lebensjahr von Versicherten bezogen werden kann, die mindestens 35 Versicherungsjahre aufzuweisen haben. (Neuregelung mit dem Ziel der stufenweisen Anhebung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr. Vorzeitige Inanspruchnahme nur noch bei Inkaufnahme eines Abschlags von 3,6% pro Jahr).
- Altersruhegeld für Frauen ab dem 60. Lebensjahr für Versicherte, die mindestens 15 Versicherungsjahre aufzuweisen haben und nach Vollendung des 40. Lebensjahres mehr als 10 Pflichtbeitragszeiten vorweisen können. (Neuregelung mit dem Ziel einer stufenweisen Anhebung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr beginnend im Jahr 2000).
- Altersruhegeld wegen Arbeitslosigkeit ab dem 60. Lebensjahr, für Versicherte, die mindestens 52 der vorausgehenden 72 Wochen arbeitslos waren. (Neuregelung in Richtung einer Anhebung der diesbezüglichen Altersgrenze und eines verstärkten Anreizes zur Altersteilzeitarbeit).
- Altersruhegeld für Schwerbehinderte ab dem 60. Lebensjahr, die mindestens 35 Versicherungsjahre aufzuweisen haben.
- Frührenten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit für Versicherte mit einer Versicherungszeit von mindestens 60 Monaten ohne Altersbeschränkung. (Neuregelung mit dem Ziel, die Rentenversicherung von Risiken des Arbeitsmarktes zu entlasten).

Graphik 1:

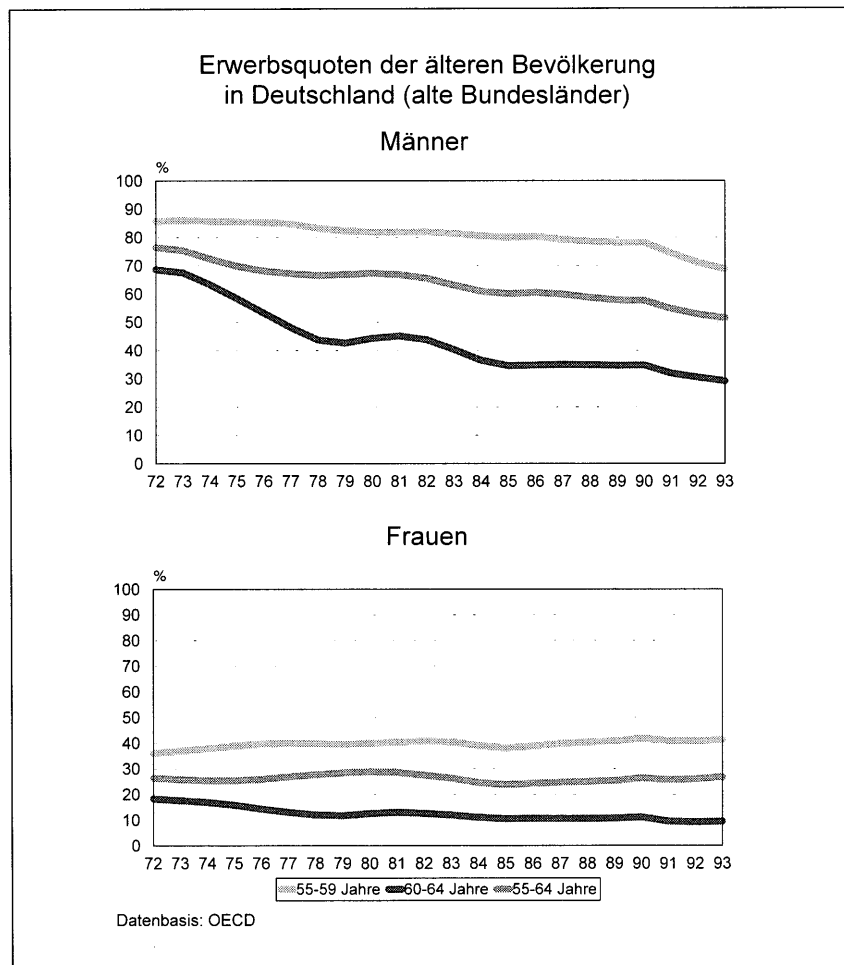


Tabelle1: Rentenzugang nach Rentenarten 1994 im ursprünglichen Bundesgebiet

	Arbeiterrentenversicherung		Angestelltenversicherung		Gesetzliche Rentenversicherung	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Normales Altersruhegeld ¹⁾	21	53	27	35	23	46
Flexible Altersrenten	12	3	22	3	15	3
Altersrenten für Frauen	-	24	-	35	-	28
Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit	21	3	21	3	22	3
Altersrenten für Schwerbehinderte	8	2	10	2	9	2
Berufs- u. Erwerbsunfähigkeitsrenten	38	16	21	22	33	18

¹⁾ Einschließlich hinausgeschobenes Altersruhegeld

Quelle: Zusammengestellt nach VDR: Statistik Rentenzugang des Jahres 1994. Frankfurt a.M. 1995

Aus Tabelle 1 geht hervor, wie sich die Rentenzugänge des Jahres 1994 auf die verschiedenen Rentenformen verteilen. Hier wird deutlich, daß das sogenannte "normale Altersruhegeld" heute keineswegs mehr der Regelfall ist. Das gilt - wegen der zumeist diskontinuierlichen Erwerbsbiographien ergeben sich für Frauen besondere Probleme hinsichtlich der Beitragszeiten - insbesondere für die männlichen Versicherten, für die 1994 dreiviertel des gesamten Rentenzugangs auf die verschiedenen Formen des vorzeitigen Rentenbezugs entfielen.

Die zeitlichen Veränderungen im Prozeß des Eintritts in den Rentenbezug können bei einer vergleichenden Betrachtung von einzelnen Geburtsjahrgangskohorten besser identifiziert werden als bei einer Ana-

lyse der gesamten Rentenzugänge einzelner Kalenderjahre, die jeweils mehrere Geburtsjahrgänge umfassen. Tabelle 2 dokumentiert die Struktur der Rentenzugänge für die Kohorten der 1907, 1915 und 1925 geborenen Versicherten in der Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung.

Für die männlichen Versicherten zeichnet sich im Vergleich der drei Alterskohorten ein deutlicher Trend zum früheren Eintritt in die Rente ab: Der Anteil der Zugänge in das normale Altersruhegeld im Alter von 65 Jahren sinkt in der Arbeiterrentenversicherung von 57 Prozent in der ältesten Kohorte auf nur noch 13 Prozent in der jüngsten und in der Angestelltenversicherung von 68 auf 22 Prozent. Während sich der Anteil der Berufs- und

Erwerbsunfähigkeitsrenten in der Kohortenfolge nur unwesentlich verändert hat, sind die übrigen Formen des vorzeitigen Rentenbezugs in den jüngeren Kohorten der 1915 und 1925 Geborenen auf über 40 Prozent in der Arbeiterrentenversicherung und etwa 50 Prozent in der Angestelltenversicherung gewachsen. In der ältesten Kohorte kamen diese Formen des Rentenzugangs mit Ausnahme der Altersrente mit 60 Jahren bei Arbeitslosigkeit, auf die ein Anteil von lediglich drei Prozent entfiel, noch nicht vor. Mit Ausnahme des rückläufigen Anteils der Frührenten aufgrund von Berufs- und Erwerbsunfähigkeit sind die Trends bei den weiblichen Versicherten weniger deutlich. Der vorzeitige Rentenzugang aufgrund von Arbeitslosigkeit und Schwerbehinderung spielt hier im Vergleich zu den Männern kaum eine Rolle. Veränderungen über die Zeit manifestieren sich in erster Linie im Verhältnis der frauenspezifischen Rente ab 60 Jahren und der normalen Rente, was jedoch in erster Linie institutionelle Gründe hat.

Auf die Zusammenhänge zwischen dem Wandel der Rentenzugangsstrukturen und Veränderungen des institutionellen Rahmens der Rentenversicherung durch die Rentengesetzgebung, wie z.B. der Einführung der flexiblen Altersruhegelder 1973, der Einführung der von 1984 bis 1988 geltenden "Vorruhestandsregelung", der Änderung der Zugangsvoraussetzung für Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten und Altersruhegelder zum 1.1.1984 sowie der Rentenreform von 1992 kann hier nicht im einzelnen eingegangen werden.

Tabelle2: Die Rentenzugangsstruktur ausgewählter Geburtsjahrgangskohorten bis zum Alter von 65 J. (alte Bundesländer)

	Arbeiter						Angestellte					
	Männer			Frauen			Männer			Frauen		
	Geburtsjahrgang			Geburtsjahrgang			Geburtsjahrgang			Geburtsjahrgang		
	1907	1915	1925	1907	1915	1925	1907	1915	1925	1907	1915	1925
Normales Altersruhegeld	57	15	13	33	20	45	68	23	22	33	26	33
Frührenten ¹⁾	41	44	45	47	45	28	28	27	25	35	28	25
Altersruhegelder 60 J. bei												
- Arbeitslosigkeit	3	9	12	0	1	1	3	7	10	0	2	1
- Schwerbehinderung	-	5	12	-	0	0	-	8	16	-	0	2
- an Frauen	-	-	-	20	32	26	-	-	-	31	40	37
Flexibles Altersruhegeld	-	28	18	-	1	1	-	34	27	-	3	2

¹⁾ Berufs- und Erwerbsunfähigkeit

Quelle: U. Rehfeld. In: Rentenversicherung 7/94, S. 477-478

Tabelle 3: Durchschnittliches Rentenzugangsalter u. voraussichtliche Rentendauer ausgewählter Geburtsjahrgänge (alte Bundesländer)

Geburtsjahrgang	ArV Männer		AnV Männer		ArV Frauen		AnV Frauen	
	Zugangsalter	Vorauss. Rentenlaufzeit	Zugangsalter	Vorauss. Rentenlaufzeit	Zugangsalter	Vorauss. Rentenlaufzeit	Zugangsalter	Vorauss. Rentenlaufzeit
1907	62,7	13,9	63,7	14,8	62,7	17,1	62,7	18,7
1910	61,2	15,6	62,9	15,8	61,0	19,1	60,9	20,9
1915	60,6	16,9	62,1	17,4	60,8	20,3	61,3	21,6
1920	59,7	18,3	61,4	18,7	60,5	21,3	60,7	23,0
1925	58,9	19,8	61,1	19,8	61,0	21,5	60,8	23,7

ArV: Arbeiterrentenversicherung; AnV: Angestelltenrentenversicherung

Quelle: U. Rehfeld. In: Deutsche Rentenversicherung 7/1994, S. 492

Dauer des Rentenbezugs in der Kohortenfolge erheblich gestiegen

Aus Tabelle 3 geht hervor, wie sich das durchschnittliche Zugangsalter in der Kohortenfolge verändert hat. Während das Renteneintrittsalter bei den Männern erheblich gesunken ist - bei den Arbeitern im Vergleich der ältesten und jüngsten Kohorte immerhin um fast vier Jahre -, sind die Veränderungen bei den Frauen weniger ausgeprägt.

Ausgehend von dem Alter beim Eintritt in die Rente und der weiteren Lebenserwartung läßt sich die voraussichtliche durchschnittliche Rentenbezugsdauer

schätzen. Wie Tabelle 3 zeigt, wirken sich die Tendenz zu einem früheren Renteneintritt und der Trend zu einer höheren Lebenserwartung im Vergleich der Alterskohorten in einer deutlichen Zunahme der durchschnittlichen Rentenbezugsdauer aus. So können beispielsweise die 1925 geborenen männlichen Arbeiter damit rechnen, im Durchschnitt rund sechs Jahre länger eine Rente zu beziehen als die älteste Kohorte der 1907 Geborenen. Welche Konsequenzen sich daraus für die Rentenversicherung ergeben, ist offensichtlich.

Angesichts der Diskussionen über die Kosten des Wohlfahrtsstaates, aber auch

im Hinblick auf die Problematik der Heterogenität der Sozialen Sicherungssysteme in einem vereinten Europa, stellt sich die Frage, wie sich die Situation in Deutschland im Vergleich mit den übrigen Mitgliedsländern der Europäischen Union sowie darüber hinaus mit den USA und Japan als den wichtigsten ökonomischen Wettbewerbern außerhalb der EU darstellt.

Tendenz zur Anhebung der Altersgrenzen nicht nur in Deutschland

Die reguläre Altersgrenze bewegt sich derzeit bei den hier betrachteten Ländern der EU sowie den USA und Japan bei den

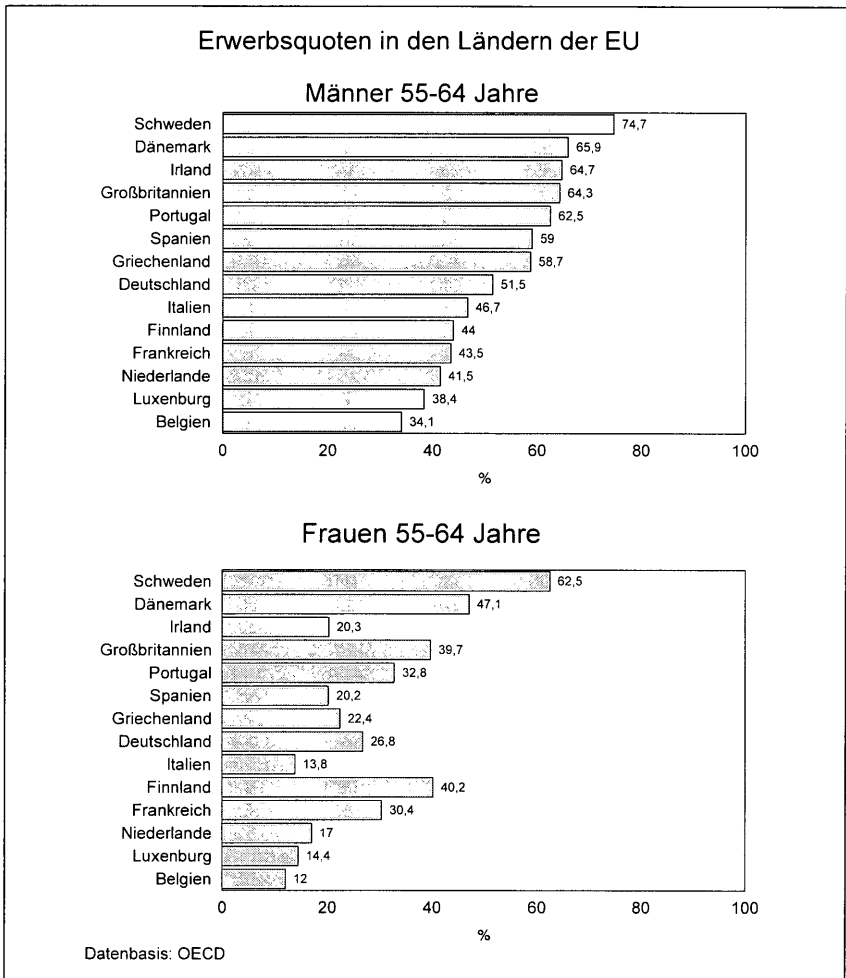
Übersicht 1: Altersgrenzen und Existenz von Formen des vorzeitigen Rentenbezugs im internationalen Vergleich

	Altersgrenze Männer	Altersgrenze Frauen	Um Abschläge reduzierte vorzeitige Rente	Rente für langjährig Versicherte	Langzeitarbeitslosigkeit	Vorruhestand	Teilzeiterrente
Belgien	65	60	ja	ja		ja	
Dänemark	67	67			ja	ja	ja
Deutschland*	65 (63)	60		ja	ja		
Finnland	65	65	ja		ja	ja	ja
Frankreich	60	60	ja				
Griechenland*	65	60	ja	ja		ja	
Großbritannien	65	60			ja		
Italien*	61	56		ja			
Irland	65	65			ja		
Luxemburg	65	65		ja		ja	
Niederlande	65	65			ja		
Österreich	65	60		ja	ja		
Portugal*	65	62,5			ja		
Schweden	65	65	ja				ja
Spanien	65	65	ja				
Japan	60	58					
USA	65	65	ja				

* Anhebung von Altersgrenze(n) wurde eingeführt bzw. eingeleitet

Zusammengestellt nach: OECD: The Transition from Work to Retirement, Paris 1995; BMA: Euroatlas. Bonn 1995

Graphik 2:



Männern zwischen 60 und 67 Jahren, bei den Frauen zwischen 55 und 67 Jahren. In lediglich acht der 17 in den Vergleich einbezogenen Ländern gibt es gegenwärtig für die Frauen noch eine niedrigere Altersgrenze als für die Männer. Maßnahmen zur Angleichung und Anhebung der Altersgrenzen wie sie in Deutschland kürzlich beschlossen wurden, wurden

auch in anderen Ländern der EU getroffen oder sind z.T. in der Diskussion. Wie man der Übersicht 1 entnehmen kann, verfügen fast alle Länder neben der Invalidität über bestimmte institutionelle Formen des vorzeitigen Renteneintritts, die sich jedoch sowohl in ihrer generellen Ausrichtung als auch in ihrer spezifischen Ausgestaltung erheblich unterscheiden.

Die unterschiedlichen Anreizwirkungen, die damit für eine Entscheidung zu einer früheren oder späteren Beendigung der Erwerbstätigkeit verbunden sind, sowie die daraus erwachsenden Entlastungswirkungen für den Arbeitsmarkt auf der einen und die finanziellen Belastungen für öffentliche Haushalte und Sozialversicherungsträger auf der anderen Seite, können an dieser Stelle nicht im einzelnen diskutiert werden, sind aber als beachtlich anzusehen.

Eine international vergleichende quantitative Betrachtung des Übergangs in den Ruhestand muß sich hier auf den Prozeß des Ausstiegs aus dem Erwerbsleben beschränken, da eine statistische Beobachtung des Rentenzugangs angesichts der Systemvielfalt erhebliche Probleme aufwirft.

Erwerbsbeteiligung der 55-64-Jährigen: mittlere Position Deutschlands im europäischen Vergleich

Wie aus der Graphik 2 hervorgeht, nimmt Deutschland (alte Bundesländer) hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung der 55-64-Jährigen im europäischen Vergleich eine mittlere Position ein.

Das gilt sowohl für die Männer als auch für die Frauen. Bezogen auf die männliche Bevölkerung ist die Erwerbsbeteiligung - unabhängig davon, ob sie über Erwerbsquoten oder Erwerbstätigkeitsquoten gemessen wird - gegenwärtig vor allem in den Beneluxländern, aber auch in Frankreich, Finnland und Italien niedriger als in Deutschland. Bei den Frauen liegen die Werte der Erwerbsbeteiligung ebenfalls in den Beneluxländern sowie in Irland und den südeuropäischen Ländern in dieser Altersgruppe noch unter denen in Deutschland. Mit Abstand am höchsten ist die Erwerbsbeteiligung der 55-64-Jährigen im europäischen Vergleich

Tabelle 4: Erwerbsquoten der älteren deutschen Bevölkerung (alte Bundesländer) im Vergleich mit EU-12, USA und Japan

	1989				1992					
	55 - 59 J.		60 - 64 J.		55 - 59 J.		60 - 64 J.		65 - 70 J.	
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
D	77,5	40,2	34,1	10,9	72,6	40,9	30,7	9,8	7,0	3,3
EU 12	71,7	34,6	37,7	14,2	70,2	35,8	35,0	13,5	10,6	4,4
USA	79,5	54,8	54,8	35,5	79,8	57,4	55,1	36,6	26,6	16,1
Japan	91,6	52,2	71,4	39,2	93,6	55,7	75,0	40,7	56,5	29,3

Quellen: Statistisches Jahrbuch für das Ausland 1995; OECD, Labour Force Statistics, Paris 1995

in Schweden. Hier war auch der Rückgang der Erwerbsbeteiligung in der älteren Bevölkerung am wenigsten ausgeprägt. Eine wesentliche Ursache dafür ist die Tatsache, daß Schweden im Unterschied zu fast allen anderen Ländern eine aktive Politik zum Schutz der Arbeitsplätze von älteren Arbeitnehmern betrieben hat. Dabei hat dort - flankiert von anderen Maßnahmen - die Institution der Teilzeitarbeit, die einen flexiblen Übergang in den Ruhestand ermöglicht, offenbar wesentlich zum Erfolg dieser Politik beigetragen.

Der Blick auf die zurückliegende Entwicklung seit 1970 zeigt im übrigen bei den Männern in der Altersgruppe der 60-64-Jährigen, aber auch bereits bei den 55-59-Jährigen durchgehend ein Rückgang in der Erwerbsbeteiligung, der vor allem in den Niederlanden, aber auch in Frankreich und Finnland noch deutlich stärker ausgeprägt war als in Deutschland. Bei den Frauen ist das Bild wesentlich weniger homogen. Ein Rückgang der Erwerbsbeteiligung ist nur in einigen Ländern und lediglich bei den über 60-Jährigen zu beobachten. Hier scheint die Tendenz zu einem früheren Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit in Deutschland ähnlich wie in Frankreich und Finnland ausgeprägter als in den meistens anderen europäischen Ländern zu sein.

In Japan und den USA deutlich höhere Erwerbsbeteiligung der älteren Bevölkerung als in Europa

1992 lag die Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen in Deutschland bei den 55-59-Jährigen über dem, aber bei den 60-64-Jährigen unter dem Durchschnitt des „Europa der 12“ (Tabelle 4). In jedem Falle liegt die Erwerbsbeteiligung der älteren deutschen Bevölkerung, aber auch der im Europa der 12 drastisch unter der Erwerbsbeteiligung in den USA und Japan. Bei den Männern beträgt die Differenz in der Erwerbsquote zwischen dem europäischen Durchschnitt und Japan bei den 55-59-jährigen Männern über 20 und bei den 60-64-jährigen Männern sogar 30 Prozentpunkte. Selbst bei den 65-70-jährigen Männern liegt die Erwerbsquote der Japaner noch bei über 50 und in den USA bei über 25 Prozent im Vergleich zu lediglich rund 10 Prozent in Europa. Durch die niedrigeren Arbeitslosenquoten in den USA und vor allem in Japan werden die hier an den Erwerbsquoten gemessenen

Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung sogar noch unterschätzt.

Obwohl Japan und die USA wohl kaum als Maßstab für die Sozialpolitik der europäischen Gesellschaften taugen, ist doch unverkennbar, daß nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern der EU Anstrengungen unternommen werden, den Trend zu einer immer früheren Beendigung des Erwerbslebens zu stoppen. Der frühere Konsens zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und den Regierungen, die gleichermaßen von einer den vorzeitigen Ruhestand fördernden Politik profitiert hatten, ist mittlerweile infolge der hohen finanziellen Belastungen zerbrochen. Allerdings haben sich auch die Hoffnungen auf eine Entspan-

nung auf dem Arbeitsmarkt bisher nicht erfüllt. Zweifel daran, ob die Anhebung von Altersgrenzen und eine Reduzierung von Möglichkeiten des vorzeitigen Rentenbezugs, die bisherige Entwicklung zu einer - vielfach unfreiwilligen - früheren Beendigung des Erwerbslebens stoppen kann, müssen daher erlaubt sein. Vielmehr könnte eine noch weitergehende Entkoppelung des faktischen Austritts aus der Erwerbstätigkeit und des Eintritts in den Ruhestand die Folge sein, die entweder andere Sicherungssysteme belasten oder einer Prekärisierung der Lebensverhältnisse der älteren Bevölkerung Vor-schub leisten würde.

*Heinz-Herbert Noll, ZUMA
Tel.: 0621-1246-241*

Lebensqualität in den 90er Jahren Neue Wohlfahrtskonzepte und Wohlfahrtsmaße

ZUMA-Workshop, Mannheim, 23. und 24. November 1995

Von der Abteilung Soziale Indikatoren wurde am 23. und 24. November ein Workshop zum Thema „Lebensqualität in den 90er Jahren - Neue Wohlfahrtskonzepte und Wohlfahrtsmaße“ durchgeführt, der von H.-H. Noll organisiert wurde. Ist das Konzept der Lebensqualität auch in der Mitte der 90er Jahre noch aktuell, bedarf es einer Modifizierung oder hat es sich zwischenzeitlich gar überholt? Dies waren einige der Fragen, die im Rahmen dieses Workshops diskutiert wurden. Sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen werden derzeit die Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung diskutiert. In diesem Zusammenhang stehen die aktuellen Wohlfahrtskonzepte, aber auch neue Wohlfahrtsmaße („Sustainable Development“, „Human Development Index“) zur Diskussion.

Modernisierungstendenzen im allgemeinen und aktuelle Trends des gesellschaftlichen Wandels standen zu Beginn des Workshops im Vordergrund. In seiner Einführung gab H.-H. Noll einen Überblick über die Diskussion um die Begriffe Lebensqualität und Wohlfahrt, sowie Ansätze der Wohlfahrtsmessung. S.Hradil (J. Gutenberg-Universität, Mainz) diskutierte in seinem Vortrag „Modernisierung und Lebensqualität“ drei verschiedene Paradigmen, die in der bundesdeutschen Gesellschaft seit Ende des Zweiten Weltkriegs Geltung besessen haben sollen: das Wohlstandsparadigma, das Wohl-

fahrtsparadigma und das Lebensweiseparadigma. Das Wohlstandsparadigma kennzeichne - so Hradil - die Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs und der quantitativen Verbesserungen in vielen Lebensbereichen. Zentrale Determinante war der Beruf; daneben gab es zahlreiche „Standardisierungen“, wie z.B. die „Normalfamilie“ oder auch die Geschlechterrollenverteilung. In den siebziger Jahren seien die Defizite dieser Art von Modernisierung, z.B. in Form von Umweltschäden oder der zunehmenden Kluft zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut, sichtbar geworden. Die ge-

stiegenen Erwartungen an den Staat stellen ebenfalls ein charakteristisches Merkmal des „Wohlfahrtsparadigmas“ dar. Dieses werde abgelöst - oder ergänzt - durch das „Lebensweiseparadigma“, das seit den achtziger Jahren in den Vordergrund rücke. Die Pluralisierung der Lebensweisen und die Bedeutung von Struktur und Wahrnehmung der Lebensweisen sind zentrale Elemente dieses Paradigmas, dessen Ablösung jedoch bereits absehbar sei, da in Zukunft - nach Hradil - Prozesse wie „Remoralisierung“ und „Reintegration“ wieder an Bedeutung gewinnen würden.

Einen Ansatz zur Beurteilung der Lebensqualität in Deutschlands Stadt- und Landkreisen stellte D. Korczak (Grundlagen- und Programmforschung - Forschungsgruppe München) vor. In seinem jüngst erschienen „Lebensqualität-Atlas“ wurde für alle 543 Stadt- und Landkreise ein empirischer Gesamt-Index „Lebensqualität“ bestehend aus Indikatoren für die Bereiche Umwelt, Wohlstand, Kultur, Sicherheit, Versorgung und Gesundheit errechnet, der ein Ranking der Kreise ermöglicht. Der Lebensqualität-Atlas und die Errechnung eines Gesamt-Index - so umstritten ein Gesamt-Index auch immer sein mag - versteht sich als Überblick und zugleich als Anstoß zur Diskussion. Besonders die Akteure der Landes- und Regionalplanung sollen sich aufgefordert fühlen, das Lebensqualitätsgefälle und die Defizite zu beseitigen. H. Diefenbacher (Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg) stellte in seinem Vortrag einen Gesamtrechnungsansatz vor, den „Index of Sustainable Economic Welfare“ (ISEW). Dieser Index basiert auf einem Vorschlag amerikanischer Wissenschaftler, ausgehend vom privaten Konsum, in stärkerem Maße Umweltbeeinträchtigungen und den Verbrauch von Ressourcen in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einzubeziehen. Dieser Gesamtrechnungsansatz des ISEW zählt zu den Versuchen, die Brutto-sozialproduktberechnung zu korrigieren und zu einem aussagekräftigen Wohlfahrtsmaß zu gelangen. F. Bohnet (Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt) präsentierte den von den Vereinten Nationen entwickelten Human Development Index (HDI) und stellte die Frage, inwieweit dieser Index ein summarischer Wohlfahrtsindex sein kann. Der HDI setzt sich aus der Pro-Kopf-Kaufkraft, der Lebenserwartung bei Geburt und der Alphabeti-

sierungs- bzw. Einschulungsrate zusammen. Aufgrund der wenigen Einzelindikatoren, aus denen der HDI berechnet wird, ist es möglich, ihn für relativ viele Länder der Welt zu berechnen. Bei der Quantifizierung stellen Datenverfügbarkeit und Datensicherheit zentrale Probleme des HDI dar.

J. Kohl (Universität Heidelberg) zeigte Perspektiven des Wohlfahrtsstaates auf und ging der Frage nach, inwieweit der Wohlfahrtsstaat in Deutschland einen Abbau oder einen Umbau erfährt. Er wies dabei auf den möglichen Beitrag der Sozialindikatorenforschung für die sozialpolitische Reformdiskussion hin. So sollte die Sozialindikatorenforschung mit Modellrechnungen oder quantitativen Bewertungen von sozialpolitischen Maßnahmen in stärkerem Maße ein Instrument zur Politikberatung darstellen als dies bisher der Fall war. Als ein Beispiel für Spätfolgen von Sparmaßnahmen im Sozialbudget führte Kohl Armut bei Kindern an. Eine vorausschauende Planung muß Folgen wie Anwachsen der Jugendkriminalität und auch Folgen (und damit gesellschaftliche Folgekosten) im Erwachsenenleben der heutigen Kinder berücksichtigen. Einen weiteren Beitrag zum Thema Wohlfahrtsstaat leistete J. Vogel (Statistics Sweden, Stockholm). Er erörterte, inwieweit die Schwedische Wohlfahrts-gesellschaft ein Modell mit Zukunft sein könne. Besonders vor dem Hintergrund politischer Veränderungen, die sich in neoliberaler Wirtschaftspolitik und damit einer niedrigeren Besteuerung niederschlugen, hatte sich nach der sozialdemokratischen Ära die schwedische Regierung eine Ankurbelung der Wirtschaft erhofft. Die dadurch entstandenen Defizite im Staatshaushalt hatten jedoch umgekehrte Folgen, nicht zuletzt, da der Staat auch in hohem Maße als Arbeitgeber wirkt. Mithilfe einer Interventionsanalyse zeigte er vielfältige soziale Folgen eines solchen Eingriffs auf (z.B. Rückgang der Frauenerwerbstätigkeit).

A. Spellerberg (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) diskutierte die Begriffe Lebensstile und/oder Lebensqualität. Ausgehend von einer Zusatzerhebung zum Wohlfahrtssurvey 1993, einer repräsentativen Umfrage in Ost und West, analysierte sie Einzelfragen zu Freizeitverhalten, Mediennutzung, Fernsehkonsum, Lektüregewohnheiten u.v.m.. Dabei stellte sich heraus, daß Verhalten, kultu-

relle Interessen und Orientierungen geeignete Dimensionen darstellen, um homogene und unterscheidbare Lebensstile zu ermitteln. Es wurden jeweils für Ost- und Westdeutschland insgesamt neun Lebensstile differenziert. Die Lebensstile in Ostdeutschland sind stärker auf den häuslichen und beruflichen Alltag bezogen als im Westen, während im Westen Lebensstile häufiger „extrovertiert“ im öffentlichen Raum sichtbar werden. Zudem stehen den Menschen im Westen mehr freie Zeit und auch größere finanzielle Ressourcen für diese freie Zeit zur Verfügung. Spellerbergs Analyse ergab, daß Lebensstile auch einen maßgeblichen Einfluß auf die Lebensqualität ausüben, d.h. mindestens eine so hohe Erklärungskraft wie die sozialstrukturellen Merkmale besitzen. Ausprägungen und Kriterien des Wohlbefindens differieren deutlich zwischen den einzelnen Lebensstilen und ließen den Schluß zu, daß das Lebensstilkonzept zur Erklärung von Verhaltens-Einstellungs- und Zufriedenheitsunterschieden einen wesentlichen Beitrag leisten könne.

P. Schmidt (ZUMA, Mannheim) stellte zum Abschluß ein Studie aus Gießen vor, in der Probleme der Stadtentwicklung und das Konzept der Lebensqualität diskutiert wurden. Im ersten Teil seines Beitrags stand eine Befragung der Gießener Bevölkerung zum Image ihrer Stadt - die gemeinhin als „gesichts- und profillos“ bezeichnet wird - im Vordergrund. Trotz dieses schlechten Fremd-Images leben die meisten Bürger (auch die Studierenden) gerne in Gießen. Es bestehen jedoch große Unterschiede in der Einschätzung der Lebensqualität zwischen den Ortsteilen. Besonders in der Kernstadt wurde über die Verkehrsbelastung geklagt. Dem Thema Verkehr widmete sich dann der zweite Teil des Beitrags: in einer - noch laufenden - Panelstudie werden die Erfolge verkehrspolitischer Maßnahmen (z.B. Einführung eines Studenten-Tickets und einer Uni-Linie) direkt überprüft, indem die Studierenden unmittelbar nach Einführung der Maßnahmen bezüglich ihres Verhalten befragt werden. Peter Schmidt regte in der anschließenden Diskussion an, daß die Sozialindikatorenforschung in stärkerem Maße als bisher versuchen sollte, sich an konkreten Planungen und der Evaluation von sozial-, wirtschafts- oder verkehrspolitischen Maßnahmen zu beteiligen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß die Diskussion des Begriffes Lebensqualität sehr verschiedene Facetten besitzt. Sowohl das traditionelle Leitbild des Wohlfahrtsstaates als auch die „neuen“ komplexen Wohlfahrtsmaße, wie z.B. der Index of Sustainable De-

velopment haben für die Bestimmung der Lebensqualität ihre Bedeutung. Vor allem für den internationalen Vergleich werden die Versuche, einen Index der Lebensqualität zu bestimmen, weiter vorangetrieben werden müssen. Die Beiträge und Anregungen in den Diskussionen haben eben-

falls gezeigt, daß Sozialberichterstattung und Sozialindikatorenforschung gefordert sind, sich in stärkerem Maße an der sozialpolitischen Diskussion zu beteiligen als dies bisher geschah.

*Caroline Kramer, ZUMA
(Tel.: 0621-1246-244)*

Sozialindikatoren im Internet

Eine E-mail-Diskussionsliste (Listserver) der Sektion Sozialindikatoren steht ab sofort zur Verfügung. Die Idee dabei ist, die Kommunikation zwischen allen an Fragen der Sozialindikatorenforschung, Sozialberichterstattung und gesellschaftlichen Dauerbeobachtung interessierten Forscherinnen und Forschern zu erleichtern und zu einem schnelleren und komfortableren Austausch von Informationen beizutragen.

Einschreiben in die Diskussionsliste:

An E-mail-adresse senden (to):
listproc@zuma-mannheim.de

Text (im Textfeld):
subscribe sozialindikatoren-l
Vornamen Nachnamen

Bitte sonst keinen Text ! Subject-Feld bitte freilassen ! Einstellung: ohne Absender (No Signature) ! Diese E-mail-adresse nur zum Einschreiben bzw. Ausschreiben verwenden!

Arbeitstagung der Sektion Sozialindikatoren Mannheim, 16. Januar 1996

Am 16. Januar 1996 fand eine Arbeitstagung der Sektion „Sozialindikatoren“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Mannheim statt, an der rund 30 Mitglieder und an der Sektionsarbeit interessierte Kolleginnen und Kollegen teilnahmen. Der Sektionssprecher Heinz-Herbert Noll (Mannheim) begrüßte die Teilnehmer und informierte zunächst über zurückliegende und zukünftige Aktivitäten der Sektion, darunter auch die Einrichtung eines Listservers sowie Informationsangebote im Rahmen des Internet (siehe Ankündigung auf dieser Seite). Im Anschluß daran wurde über die Erhebung eines Mitgliedsbeitrags sowie den Vorschlag einer Erweiterung des Vorstands diskutiert. Die Mehrheit der Anwesenden sprach sich dafür aus, vorerst auf die Erhebung eines Beitrags zu verzichten. Der Vorschlag, den Vorstand der Sektion von bisher zwei auf drei Personen zu erweitern, fand breite Zustimmung. Eine Nachwahl ist für die Jahresmitgliederversammlung auf dem Soziologiekongreß in Dresden vorgesehen.

Das wissenschaftliche Programm der Veranstaltung sah eine Reihe von Kurzreferaten aus der laufenden Arbeit der Sektionsmitglieder vor. Die Eröffnungsreferate hielten P. Flora (Mannheim), der die Ziele und Möglichkeiten einer europäischen Sozialstaatsbeobachtung darstellte, sowie E.K. Scheuch (Köln), der sich aus der Perspektive einer empirischen Be-

obachtung der Gesellschaft kritisch mit dem Lebensstilkonzept auseinandersetzte. Die beiden folgenden Vorträge befaßten sich mit Fragen der Erwerbstätigkeit. W. Seifert (Berlin) stellte Befunde seiner Untersuchungen zur beruflichen und ökonomischen Mobilität ausländischer und deutscher Arbeitnehmer vor. K. Crow (Halle) präsentierte Ergebnisse des Arbeitsmarkt-Monitors zur Arbeitsmarktdynamik in Sachsen-Anhalt. F. Rothenbacher und Th. Bahle (jeweils Mannheim) stellten in ihren Vorträgen Indikatoren des familialen Wandels und der Familienpolitik in Europa vor. K. Simons (Saarbrücken) diskutierte die Möglichkeiten, die die neue amtliche Sozialhilferhebung als Grundlage für die kommunale Sozialberichterstattung und Sozialplanung bietet. Schließlich informierten J. Schupp (Berlin) über die Möglichkeiten und Perspektiven international vergleichender Panelanalysen und C. Kramer und St. Weick (Mannheim) berichteten über die Perspektiven der Weiterentwicklung des Systems sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik.

Eine Diskussion über die weiteren Perspektiven der Arbeit der Sektion Sozialindikatoren und mögliche Themen für zukünftige Veranstaltungen bildete den Abschluß dieser Arbeitstagung.

*Heinz-Herbert Noll, ZUMA
Tel.: 0621-1246-241*

28. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Der 28. Kongreß der DGS findet vom 7.-11. Oktober dieses Jahres in Dresden statt. Das Thema des Kongresses lautet „Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften“. Von der Sektion Sozialindikatoren werden die folgenden beiden Veranstaltungen organisiert bzw. mitorganisiert:

Plenum II der Sektionen „Familien- und Jugendsoziologie“ und „Sozialindikatoren“:
„Individualisierung und Pluralisierung der privaten Lebensführung?“
Organisation: H.-H. Noll, Mannheim und N. Schneider, Bamberg

Dienstag, 8.10., 9.00 - 13.00

- | | |
|--|---|
| K. O. Hondrich
(Frankfurt a.M.) | Die Dialektik von Kollektivisierung und Individualisierung in der Paarbeziehung |
| H. Bertram u. S. Kreher
(Berlin) | Individualisierung und Pluralisierung von Lebensverläufen und Lebensformen |
| M. Fuchs
(Eichstätt) | Hausfamilien im ländlichen Raum - Individualisierung und traditionale Familienorientierung |
| M. Buchmann u. M. Eisner
(Zürich) | Selbstbilder und Beziehungsideale im Spiegel von Bekanntschafts- und Heiratsinseraten |
| J. Gerhards u. R. Hackbroch
(Leipzig) | Nomen est Omen: Individualisierungs- und Pluralisierungsprozesse der Vergabe von Vornamen in den letzten 100 Jahren |

Sitzung der Sektion Sozialindikatoren:
„Wohlfahrtsdifferenzen und Migrationsprozesse:
Objektive und subjektive Indikatoren“
Organisation: H.-H. Noll, Mannheim

Donnerstag, 10.10., Nachmittag

- | | |
|---|---|
| G. Vobruba (Leipzig) | Migration über Wohlstandsgefälle |
| W. Seifert u.
R. Ulrich (Berlin) | Zufriedenheit und objektive Lebensbedingungen bei Ausländern der ersten und zweiten Generation |
| St. Weick (Mannheim) | Migranten in der Bundesrepublik: Familiäre Lebensformen, Wohnbedingungen und Eintritt in das Erwerbsleben |
| M. Lovely, T. Dunn u.
M. Kreyenfeld Syrakuse
(Bochum) | Integration in den westdeutschen Arbeitsmarkt: Aussiedler, Übersiedler und westdeutsche Migranten |
| U. Engfer u. Th. Seng
(Darmstadt) | Differenzierung von Lebensverhältnissen in Ostmitteleuropa und Ost-West-Migration |

im Anschluß Mitgliederversammlung

Impressum

Herausgeber:
**Zentrum für Umfragen, Methoden
und Analysen (ZUMA) e.V.**
Abteilung Soziale Indikatoren

ZUMA ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastruk-
tureinrichtungen (GESIS) e.V.

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon: (06 21) 12 46 - 0
Telefax: (06 21) 12 46 - 100

Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion:
Dr. Caroline Kramer

Satz und Druck:
Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt / Weinstraße

Bei Quellenangabe frei zum Nach-
druck; Beleg erbeten
ISSN 0935-218X